



Stadt
Landshut

VERGABEUNTERLAGEN

2026-042

Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die
Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

Stadt Landshut

Luitpoldstraße 29, 84034 Landshut, Deutschland

02.07.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	3
Aufforderung zur Abgabe eines Angebots.pdf	3
BWB_Bewerbungsbedingungen UVgO.....	8
Arbeitnehmerüberlassungsvertrag	11
Anlage 1 - Muster Einzelvereinbarung	24
L 234 Bietergemeinschaft.....	26
L 235 Verzeichnis der LeistKap anderer Unternehmen	27
L 236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen	29
Datenschutzhinweis Vergabeverfahren.pdf.....	30
Produkte/Leistungen	33
Eignungskriterien.....	43
Leistungskriterien	49
Anlagen	50

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG

Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	2026-042
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)
Auftragsbeschreibung	Bei dieser Ausschreibung handelt es sich um eine Arbeitnehmerüberlassung. Gegenstand ist die Beauftragung von Eismeisterhelfern für die Eissaison 2026/2027 an der städtischen Eisportanlage Landshut, am Gutenbergweg 32 in 84034 Landshut. Optional kann die Beauftragung zweimal um jeweils eine weitere Eissaison verlängert werden.

VERFAHREN

Auftraggeber	Stadt Landshut
Liefer-/Ausführungsort	84034 Landshut
Leistungsart	Dienstleistung
Vergabeart	Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein						
Art der losweisen Vergabe							
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis						
Klassifizierungen	<table><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr><tr><td>92620000-3</td><td>Sportbezogene Dienstleistungen</td></tr><tr><td>98341140-8</td><td>Hausmeisterdienste</td></tr></table>	Code	Bezeichnung	92620000-3	Sportbezogene Dienstleistungen	98341140-8	Hausmeisterdienste
Code	Bezeichnung						
92620000-3	Sportbezogene Dienstleistungen						
98341140-8	Hausmeisterdienste						

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

SONSTIGE ANGABEN

Vertragsart	Sonstige
-------------	----------

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
--------------------------------	------

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Datum der Versendung	02.07.2026
Angebotsfrist	14.07.2026 23:59:00
Frist Bieterfragen	08.07.2026 23:59
Eröffnungstermin	
Bindefrist	13.08.2026

AUFTRAGSDAUER

Beginn	01.08.2026
Ende	31.03.2027
Anmerkungen	Optional kann die Beauftragung zweimal um jeweils eine weitere Eissaison verlängert werden.

ELEKTRONISCHE TEILNAHME / FORM DER ANGEBOTSABGABE

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen.

Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

Angebote oder Teilnahmeanträge müssen rechtzeitig bis zum Ablauf der vom öffentlichen Auftraggeber bestimmten Frist auf der Vergabeplattform eingegangen sein. Hierfür trägt der Bieter bzw. der Bewerber die Verantwortung. Für die Rechtzeitigkeit des Eingangs ist der Zeitstempel des eVergabe-Systems maßgebend.

Bei Rückfragen zur Bedienung oder bei technischen Problemen mit der Software wenden Sie sich bitte an den Support der Firma Healy Hudson: Diesen erreichen Sie über die Schaltfläche/Funktion "Support aktivieren" in Ihrem Angebotsassistenten oder per E-Mail.

BIETERFRAGEN

Eventuell auftretende Fragen

sollen umgehend, jedoch spätestens bis zum 08.07.2026 23:59 Uhr

und dürfen ausschließlich über die Funktion "Nachrichten"

im Angebotsassistenten der Vergabeplattform

gestellt werden. Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden aus Gründen der Gleichbehandlung und Transparenz nicht beantwortet.

Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert. Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Angebotsassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Die Bieterfragen und die entsprechenden Antworten werden Bestandteil der Vergabeunterlagen.

Der öffentliche Auftraggeber wird alle Bieterfragen sowie die Antworten / Erläuterungen der Interessenten/Bewerber/Bieter auf der Vergabeplattform frei zugänglich veröffentlichen. Die Identität des Fragestellers wird nicht offenbart. Soweit die Fragen für den öffentlichen Auftraggeber erkennbar auf die Identität des Fragestellers schließen lassen, werden die Fragen vor Weiterleitung anonymisiert.

Sofern es bei der/den Fragestellung/en um Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse handelt, hat der Interessent/Bewerber/Bieter dies ausdrücklich zu kennzeichnen. In diesem Fall erfolgt gemäß der Wahrung der Vertraulichkeit keine Veröffentlichung der Bieterfrage/en und der dazugehörigen Antwort/en für die übrigen Interessenten/Bewerber/Bieter.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Angebotsassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Bitte sorgen Sie dafür, dass Sie während des Vergabeverfahrens unter den in Ihrem Firmen- bzw. Mitarbeiterprofil hinterlegten Kontaktdaten (insbesondere E-Mail-Adressen) auch tatsächlich erreichbar sind. Über automatisch generierte Antworten (z.B. Abwesenheitsassistenten) mitgeteilte abweichende Kontaktdaten können nicht berücksichtigt werden.

VERTRAGSUNTERLAGEN / VERTRAGSBEDINGUNGEN

Mit der Angebotsabgabe werden die im Angebotsassistenten (Workflowpunkte **Vertragsbedingungen/Formulare** und **Produkte/Leistungen**) hinterlegten und aufgeführten Vertragsbedingungen, die Leistungsbeschreibung sowie die VOL/B, in der am Tage der Angebotseröffnung gültigen Fassung, Vertragsbestandteil.

Die Rangfolge richtet sich nach §1 VOL/B.

Die oben genannte VOL/B ist unter <http://www.bmwk.de> zur Einsichtnahme bereit.

Vergabestelle

STADT LANDSHUT

Referat 3 - Beschaffungs- und Vergabestelle

Luitpoldstraße 29

D-84034 Landshut

Tel 0871 88-1315

Fax 0871 88-201612

Datum der Versendung **02.07.2026**

Vergabeart

- ☒ Öffentliche Ausschreibung
- ☐ Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb
- ☐ Beschränkte Ausschreibung mit Teilnahmewettbewerb
- ☐ Verhandlungsvergabe ohne Teilnahmewettbewerb
- ☐ Verhandlungsvergabe mit Teilnahmewettbewerb
- ☐ Internationale NATO-Ausschreibung

Ablauf der Angebotsfrist

Datum **14.07.2026** Uhrzeit **23:59**Bindefrist endet am **13.08.2026****Aufforderung zur Abgabe eines Angebots**

(Vergabeverfahren gemäß UVgO)

Bezeichnung der Leistung

Maßnahmennummer

Maßnahme

Vergabenummer

2026-042

Leistung

Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)**Anlagen****A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind:**

- ☒ BWB Bewerbingsbedingungen
- ☐ 227 L Gewichtung der Zuschlagskriterien
- ☐ 2270 Gewichtung der Zuschlagskriterien - Anlage
- ☒ eVergabe Datenschutzhinweis Vergabeverfahren
- ☐ L 2492 Online-Vergaben
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐

B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden:

- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Beschreibung, Pläne, sonstige Anlagen und VOL-B
- ☐ L 214 Besondere Vertragsbedingungen
- ☐ L 2140.LP Weitere Besondere Vertragsbedingungen Landschaftspflege
- ☐ L 215 Zusätzliche Vertragsbedingungen
- ☐ L 224 Lohnleitklausel
- ☐ L 225 Stoffpreisleitklausel
- ☐ L 244 Datenverarbeitung
- ☐ L 2441 Vertragsbedingungen - Auftragsverarbeitung
- ☒ **Arbeitnehmerüberlassungsvertrag nebst Anlage 1 - Muster Einzelvereinbarung**
- ☒ **Einsatzplan Eishelfer 2026-2027, Einsatzplan Eishelfer 2027-2028, Einsatzplan Eishelfer 2028-2029**

C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind:

- ☒ eVergabe Angebotsschreiben
- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Leistungsverzeichnis / Leistungsprogramm
- ☒ eVergabe Eigenerklärung zur Eignung
- ☒ L 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☒ L 235 Verzeichnis der Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderer Unternehmen
- ☐ L 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ L 2481 Erklärung zur Lieferung und Verwendung von gebietseigenen Pflanzen
- ☐ L 2491 Erklärung zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit
- ☐ eVergabe Schutzzerklärung
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐

D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind:

- ☒ L 236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- ☐ L 2442 Erklärung Auftragsverarbeitung
- ☐ L 2495 Verpflichtungserklärung
- ☐
- ☐

- 1 Es ist beabsichtigt, die in beiliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen zu vergeben im Namen und für Rechnung**
STADT LANDSHUT - Stabsstelle Sport
Altstadt 315
84028 Landshut

dieser/diese/dieses vertreten durch: Stadt Landshut

2 Kommunikation

Die Kommunikation erfolgt

- ☒ elektronisch über die Vergabeplattform
☐ auf andere Weise (schriftlich/Textform)
☐ in Kombination: bis zur Angebots(er)öffnung elektronisch über die Vergabeplattform; danach schriftlich oder in Textform
- Stelle Stadt Landshut
Straße
PLZ / Ort
E-Mail **beschaffungsstelle@landshut.de** Fax **+49 87188201612**

3 Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen oder sonstige Nachweise)

3.1 Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:

- ☒ siehe (Auftrags)Bekanntmachung
☒ eVergabe - Eigenerklärung zur Eignung
☐ L 248 - Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
☐ L 2481 - Erklärung zur Lieferung und Verwendung von gebietseigenen Pflanzen
☐ L 2491 - Erklärung zur Vermeidung des Erwerbs von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit
☐ eVergabe - Schutzzerklärung
☐
☐
☐
☐
☐
☐

3.2 Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen:

- ☐ siehe (Auftrags)Bekanntmachung
☐ Vorname, Name, Geburtsdatum und Geburtsort aller Geschäftsführer und Prokuristen
☒ L 236 - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
☐ Zertifikat bzw. Einzelnachweis entsprechend der Erklärung im Formblatt L 248
☐ Zertifikat bzw. Einzelnachweis entsprechend der Erklärung im Formblatt L 2481
☐ L 2495 - Verpflichtungserklärung
☐
☐
☐
☐
☐

4 Losweise Vergabe:

- ☒ nein
- ☐ ja, Angebote sind möglich
 - ☐ nur für ein Los
 - ☐ für ein Los oder mehrere Lose:
 - ☐ siehe Auftragsbekanntmachung
 - ☐
- ☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)

Bei zugelassener Angebotsabgabe für mehr als ein Los:

- ☐ Beschränkung der Zahl der Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhalten kann.
Höchstzahl:
 - ☐ siehe (Auftrags)Bekanntmachung
 - ☐
- Bedingungen zur Ermittlung derjenigen Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhält, falls sein Angebot in mehr Losen das wirtschaftlichste ist als der angegebenen Höchstzahl an Losen:

5 Mehrere Hauptangebote

Die Abgabe von mehr als einem Hauptangebot ist

- ☐ zugelassen
Werden mehrere Hauptangebote abgegeben, muss jedes aus sich heraus zuschlagsfähig sein.
- ☒ nicht zugelassen.

6 Nebenangebote

- 6.1 ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen; Nr. 5 der Bewerbungsbedingungen gilt nicht.
- 6.2 ☐ Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nr. 5 der Bewerbungsbedingungen), ausgenommen Nebenangebote, die Nachlässe mit Bedingungen beinhalten
- ☐ für die gesamte Leistung
 - ☐ nur für nachfolgend genannte Bereiche:

☐ mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:

- ☐ unter folgenden weiteren Bedingungen:
 - ☐
 - ☐

Nebenangebote müssen die Mindestanforderungen der Leistungsbeschreibung Abschnitt erfüllen.

7 Angebotswertung:

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote

☒ Zuschlagskriterium Preis

Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.

Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen.

☐ Mehrere Zuschlagskriterien:

Bei der Vergabe von Aufträgen werden Werkstätten für behinderte Menschen, Inklusionsbetriebe und anerkannte Blindenwerkstätten als bevorzugte Bieter berücksichtigt. Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit von Angeboten wird der von einem bevorzugten Bieter angebotene Preis mit einem Abschlag von 10 Prozent gewertet. Falls das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird, wird der Ermittlung des Abschlags auf den Preis nur derjenige Anteil zugrunde gelegt, den bevorzugte Bieter an dem Gesamtangebot der Bietergemeinschaft haben. Ist das Angebot eines bevorzugten Bieters ebenso wirtschaftlich wie das eines sonstigen Bieters, so ist dem bevorzugten Bieter der Zuschlag zu erteilen.

8 Zugelassene Angebotsabgabe

☒ Elektronisch

☒ in Textform

☐ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel

☐ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform muss der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen.

Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabepattform der Vergabestelle zu übermitteln.

☐ Schriftlich

Das beigefügte Angebotsschreiben ist zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum Ablauf der Angebotsfrist an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben:

☐ siehe Briefkopf

☐ Stelle:

Der Umschlag ist außen mit Namen (Firma) und Anschrift des Bieters und der Angabe „Angebot für ...“

Maßnahmennummer:	Maßnahme:
2026-042	Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)

zu versehen (ggf. unter Verwendung eines bereit gestellten Kennzettels).

9 Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Prüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen im Zuge der Rechts- und Fachaufsicht wenden kann:

10

Bewerbungsbedingungen für die Vergabe von Leistungen

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte (Unterschwellenvergabeordnung – UVgO)"

1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat er unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art der Bieter wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbstgefertigte Kopie oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig. Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Entspricht der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.

3.8 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden und
- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

4 Unterlagen zum Angebot

Der Bieter hat auf Verlangen der Vergabestelle Unterlagen zur Preisermittlung zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt vorzulegen. Dies gilt auch für Unterauftragnehmerleistungen.

5 Nebenangebote

5.1 Nebenangebote müssen die geforderten Mindestanforderungen erfüllen; dies ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

5.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Leistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in den Ergänzenden Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

- 5.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 5.4 Nebenangebote, die den Nummern 5.1 bis 5.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

6 Bietergemeinschaften

- 6.1 Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
 - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrages bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
 - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
 - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete in Schrift- oder Textform bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

- 6.2 Sofern nicht öffentlich ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

7 Unterauftragnehmer

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von Unterauftragnehmern ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung des Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische und berufliche Leistungsfähigkeit Unterauftragnehmern zu bedienen (Eignungsleihe), so muss er die dafür vorgesehenen Teilleistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm im Falle der Eignungsleihe die erforderlichen Mittel der benannten Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese entsprechen dem Umfang der Eignungsleihe haften; die Haftungserklärung ist mit der „Verpflichtungserklärung wirtschaftliche Eignungsleihe“ abzugeben.

Der Bieter hat Unterauftragnehmer, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

8 Eignung

Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- **entweder** die im Bieterassistenten vordefinierten Eignungskriterien zu erklären
- **oder** eine einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)
- **oder** durch einen Eintrag in die Liste des Amtlichen Verzeichnisses präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (AVPQ)

ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise vorzulegen.

Beim Einsatz von Unterauftragnehmern im Rahmen einer Eignungsleihe sind auf gesondertes Verlangen die Eignungsnachweise auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten Unterauftragnehmer) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. in der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

9 Bevorzugte Bewerber

In Vergabeverfahren unterhalb der EU-Schwellenwerte werden Werkstätten für behinderte Menschen, Inklusionsbetriebe und anerkannte Blindenwerkstätten gemäß den Vorgaben der Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung über die Verwaltungsvorschriften zum öffentlichen Auftragswesen (VVöA) als bevorzugte Bieter in der zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist gültigen Fassung berücksichtigt. Bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit von Angeboten wird der von einem bevorzugten Bieter angebotene Preis mit einem Abschlag von 10% gewertet. Falls das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird, wird der Ermittlung des Abschlags auf den Preis nur derjenige Anteil zugrunde gelegt, den bevorzugte Bieter an dem Gesamtangebot der Bietergemeinschaft haben. Ist das Angebot eines bevorzugten Bieters ebenso wirtschaftlich wie das eines sonstigen Bieters, wird der Ermittlung des Abschlags auf den Preis nur derjenige Anteil zugrunde gelegt, den bevorzugte Bieter an dem Gesamtangebot der Bietergemeinschaft haben. Ist das Angebot eines bevorzugten Bieters ebenso wirtschaftlich wie das eines sonstigen Bieters, wird dem bevorzugten Bieter der Zuschlag erteilt. Bieter, die bei der Vergabe von Aufträgen nach den vorstehenden Regelungen bevorzugt werden wollen, müssen den Nachweis, dass sie die Voraussetzungen hierfür erfüllen, bei der Angebotsabgabe führen. Wird der Nachweis nicht bei der Angebotsabgabe geführt, so wird das Angebot wie die Angebote nicht bevorzugter Bieter behandelt. Bietergemeinschaften, denen bevorzugte Bieter als Mitglieder angehören, haben zusätzlich den Anteil nachzuweisen, den die Leistungen dieser Mitglieder am Gesamtangebot haben. Dieser Nachweis ist dem Angebot beizufügen.

10 Datenschutz und Vertraulichkeit

Die von den Bietern/bewerbern erbetenen personenbezogenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens verarbeitet und gespeichert. Die Angaben erfolgen freiwillig und sind Voraussetzung für die Berücksichtigung des Angebotes. Ein qualifizierter Datenschutzhinweis im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen ist Bestandteil der Vergabeunterlagen.

11 Kostenersatz / Entschädigung

Für die Bearbeitung der Vergabeunterlagen und die Erstellung der Angebote oder eines Teilnahmenatrags wird keine Entschädigung gewährt.



Arbeitnehmerüberlassungsvertrag

Vergabeverfahren „Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)“

Verfahrensnummer: 2026-042

ARBEITNEHMERÜBERLASSUNGSVERTRAG

Vertrag zwischen

Stadt Landshut,
vertreten durch Herrn OB Dr. Thomas Haslinger
Altstadt 315
84028 Landshut

- im Folgenden **Entleiherin** genannt -

und

- im Folgenden **Verleiher** genannt –

- gemeinschaftlich nachfolgend auch „**Vertragspartner oder Parteien**“ genannt –

Dieser Arbeitnehmerüberlassungsvertrag wird geschlossen zwischen der Stadt Landshut, vertreten durch die Stabsstelle Sport, im Folgenden „Entleiher“ genannt, und dem Verleiher, der als Unternehmen im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung tätig ist, im Folgenden „Verleiher“ genannt. Mit dieser Vereinbarung legen die Parteien die Grundlagen für die Zusammenarbeit im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung fest. Dabei werden insbesondere die gesetzlichen Bestimmungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) sowie die fachlichen Weisungen der Bundesagentur für Arbeit zum AÜG in den jeweils geschlossenen Einzelverträgen berücksichtigt. Der Vertrag gilt für die Überlassung von Arbeitskräften zur Unterstützung des Eismeisters in der städtischen Eisportanlage der Stadt Landshut (Städtisches Eisstadion) für die Eislaufsaison 2026/2027. Optional ist eine Verlängerung um bis zu zwei Saisonen möglich.



Arbeitnehmerüberlassungsvertrag

Vergabeverfahren „Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)“

Verfahrensnummer: 2026-042

Inhalt

§ 1 Geltungsbereich	3
§ 2 Vertragsbestandteile, Rangordnung	3
§ 3 Vertragslaufzeit und Kündigung	3
§ 4 Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung	4
§ 5 Überlassung von Zeitarbeitskräften / Einzelvereinbarung	5
§ 6 Austauschen, Zurückweisung und Ersetzung von Zeitarbeitskräften	6
§ 7 Beginn und Dauer der Arbeitnehmerüberlassung, Arbeitszeit, Vergütung und Preisbestandteile	7
§ 8 Rechnung	7
§ 9 Rechte und Pflichten des Verleihers, Vertraulichkeit, Vertragsstrafe	8
§ 10 Rechte und Pflichten der Stadt Landshut	9
§ 11 Haftung, Streik	10
§ 12 Datenschutz	11
§ 13 Abtretungsverbot	12
§ 14 Schlussbestimmungen	13



Arbeitnehmerüberlassungsvertrag

Vergabeverfahren „Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)“

Verfahrensnummer: 2026-042

§ 1 Geltungsbereich

Gegenstand des Vertrags ist die Überlassung von Zeitarbeitskräften von dem Auftragnehmer (Verleiher) zur Arbeitsleistung an die Auftraggeberin (Entleiherin).

Die Überlassung erfolgt für einen begrenzten Zeitraum und damit vorübergehend im Sinne von § 1 Abs. 1 S. 1 AÜG in der jeweils geltenden Fassung.

§ 2 Vertragsbestandteile, Rangordnung

(1) Die Vereinbarung hat nachfolgende Vertragsbestandteile, deren Reihenfolge die Rangfolge für den Fall von Unklarheiten und Widersprüchen für die Auslegung und Anwendung vorgibt:

- dieser Arbeitnehmerüberlassungsvertrag,
- die Vergabeunterlagen (einschließlich der Einsatzpläne der Eismeisterhelfer) in ihrer letzten Fassung (einschließlich Bieterfragen und deren Beantwortung, wobei im Falle etwaiger Widersprüche der letzte Hinweis vorrangig ist),
- die Regelungen VOL/B in der zum Zeitpunkt der Bekanntgabe der Ausschreibung geltenden Fassung.
- das Angebot des Auftragnehmers
 - Leistungsverzeichnis
 - Anlage 1 – Muster Einzelvereinbarung

(2) Sofern in den Einzelvereinbarungen zur Arbeitnehmerüberlassung abweichende Regelungen zur Vereinbarung enthalten sind, finden diese keine Anwendung. Gleichmaßen finden die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Verleihers keine Anwendung und werden auch nicht Vertragsbestandteil, wenn sie von der Entleiherin stillschweigend zur Kenntnis genommen werden oder wenn in sonstigen Schriftstücken auf sie Bezug genommen wird.

§ 3 Vertragslaufzeit und Kündigung

- (1) Die Laufzeit der Vereinbarung beginnt voraussichtlich am 01. August 2026 und endet am 31. März 2027.

Optional verlängert sich der Vertrag automatisch um jeweils eine weitere Eissaison (jeweils vom 01.08. bis zum 31.03. des Folgejahres), sofern keine der beiden Parteien das Vertragsverhältnis aktiv bis spätestens Ende der laufenden Eissaison (31. März) kündigt.

Maximal kann das Vertragsverhältnis um zwei Eissaisonen (2027/2028 und 2028/2029) verlängert werden.

- (2) Während der Vertragslaufzeit ist die ordentliche Kündigung ausgeschlossen. Das Recht zur Kündigung aus einem wichtigen Grund bleibt unberührt.



Arbeitnehmerüberlassungsvertrag

Vergabeverfahren „Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)“

Verfahrensnummer: 2026-042

- (3) Die Parteien sind zur außerordentlichen Kündigung der Einzelvereinbarung und/oder dieser Vereinbarung aus wichtigem Grund mit sofortiger Wirkung berechtigt. Die Kündigung einer Einzelvereinbarung berührt die Wirksamkeit der Vereinbarung nicht. Ein wichtiger Grund des Entleihers zur außerordentlichen Kündigung liegt insbesondere vor, wenn:
- a. der Verleiher die für die Arbeitnehmerüberlassung erforderliche Erlaubnis nicht oder nicht mehr besitzt oder deren Gültigkeit verliert;
 - b. der Verleiher seine Vertragspflichten vorsätzlich oder grob fahrlässig oder mehrmals leicht fahrlässig verletzt, insbesondere bei wiederholten Qualitätsmängeln trotz schriftlicher Abmahnung oder wenn die vertraglich vereinbarte Anzahl von Zeitarbeitskräften mit den geforderten Voraussetzungen nicht gestellt wird;
 - c. der Verleiher falsche oder irreführende Angaben zur fachlichen oder persönlichen Eignung der überlassenen Zeitarbeitskräfte gemacht hat;
 - d. der Verleiher seine Rechte und Pflichten aus der Einzelvereinbarung ohne Zustimmung der Entleiherin an Dritte übertragen hat;
 - e. der Verleiher seinen Arbeitgeberpflichten im Hinblick auf arbeits-, sozial- und lohnsteuerrechtliche Bestimmungen nicht nachkommt, insbesondere die entsprechenden Zahlungen nicht sach- und fristgerecht leistet oder nicht ordnungsgemäß Abführungen von Lohnsteuern und Sozialabgaben vornimmt;
 - f. der Verleiher dem in Ziffer 6 dieser Vereinbarung geregelten Verlangen nach Abberufung, Austausch und Ersatz von Zeitarbeitskräften nicht oder nicht rechtzeitig nachkommt;
 - g. der Entleiherin aufgrund einer unerwarteten Haushaltssperre keine ausreichenden Haushaltsmittel mehr zur Verfügung stehen.
- (4) Schadenersatzansprüche des Verleihers infolge einer durch die Entleiherin ausgesprochenen berechtigten Kündigung mit sofortiger Wirkung sind ausgeschlossen. Die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen durch die Entleiherin bleibt hiervon unberührt.
- (5) Jede Kündigung bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.

§ 4 Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung

- (1) Der Verleiher verfügt über eine von der Bundesagentur für Arbeit erteilte Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung gemäß § 1 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung der Arbeitnehmerüberlassung (AÜG). Eine Kopie dieser Erlaubnis wird der Vereinbarung beigelegt. Auf Verlangen der Entleiherin ist die Originalurkunde zur Einsicht vorzulegen.
- (2) Der Verleiher ist verpflichtet, die Entleiherin unverzüglich schriftlich über den Wegfall der Erlaubnis zu informieren. Im Falle einer Nichtverlängerung, Rücknahme oder eines Widerrufs der Erlaubnis hat der Verleiher die Entleiherin ebenfalls umgehend schriftlich über den voraussichtlichen Zeitpunkt der Beendigung der Abwicklung sowie über die gesetzliche Abwicklungsfrist zu unterrichten (§ 12 Abs. 2 AÜG).
- (3) Der Verleiher haftet für sämtliche Schäden, die der Entleiherin infolge einer Verletzung der Pflichten gemäß den Regelungen nach 5 Abs. 1 und Abs. 2 entstehen.
- (4) Der Verleiher überlässt der Entleiherin zu den in dieser Vereinbarung genannten Voraussetzungen Zeitarbeitskräfte zur Arbeitsleistung nach näherer Maßgabe einer zwischen



Arbeitnehmerüberlassungsvertrag

Vergabeverfahren „Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)“

Verfahrensnummer: 2026-042

den Parteien jeweils noch zu vereinbarenden Einzelvereinbarung (Anlage 1).

- (5) Der Verleiher wird die Zeitarbeitskräfte nur im Rahmen der jeweils zulässigen Überlassungshöchstdauer überlassen.

§ 5 Überlassung von Zeitarbeitskräften / Einzelvereinbarung

- (1) Die Beauftragung des Entleihers umfasst zwei Eismeisterhelfer, welche im Schichtdienst (Früh- und Spätschicht) eingesetzt werden. Der Verleiher stellt sicher, dass für die im Leistungsverzeichnis definierten Einsatzzeiten und Anforderungen jederzeit ausreichend Personal in der geforderten Anzahl und mit der erforderlichen fachlichen Eignung zur Verfügung steht – insbesondere an Wochenenden und Feiertagen. Die genaue Personaleinsatzplanung erfolgt gemäß dem Einsatzplan, der als Anlage beigefügt ist und verbindlich Grundlage für die Personaleinsatzzeiten und -einsätze darstellt.
- (2) Die Überlassung von Zeitarbeitskräften erfolgt auf Grundlage einer vor Beginn des jeweiligen Einsatzes zwischen den Parteien schriftlich geschlossenen Einzelvereinbarung (Anlage 1). Diese enthält die konkreten Angaben des Überlassungsfalls (u. a. Person der zu überlassenden Zeitarbeitskräfte, Angaben zur erforderlichen Qualifikation und den besonderen Merkmalen der für die betreffenden Zeitarbeitskräfte vorgesehenen Tätigkeit, wesentliche Arbeitsbedingungen für eine vergleichbare Arbeitskraft der Entleiherin im Betrieb (u.a. Arbeitsumfang/Arbeitszeit, Überstunden, Pausen, Ruhezeiten, Urlaub) einschließlich des Arbeitsentgelts und nimmt im Übrigen Bezug auf die Regelungen dieser Vereinbarung.
- (3) Der Abschluss der Einzelvereinbarungen erfolgt schriftlich in Papierform.
- (4) Der Verleiher sichert zu, dass sämtliche überlassene Zeitarbeitskräfte in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis mit ihm stehen.
- (5) Die Parteien verpflichten sich, alle datenschutzrechtlich erforderlichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten der Zeitarbeitskräfte zu treffen – sowohl untereinander als auch gegenüber den betroffenen Personen. Dies erfolgt gemäß § 12 dieser Vereinbarung.
- (6) Der Einsatz von Zeitarbeitskräften, die zugleich in einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnis beim Entleiher stehen, ist ausgeschlossen. Der Verleiher gewährleistet, dass keine der von ihm eingesetzten Zeitarbeitskräfte gleichzeitig beim Entleiher beschäftigt sind.
- (7) Tritt eine Person, die zuvor beim Entleiher beschäftigt war, in ein Arbeitsverhältnis mit dem Verleiher über, ist eine spätere Überlassung dieser Person an den Entleiher dauerhaft ausgeschlossen – beginnend mit dem Tag der Beendigung des ursprünglichen Beschäftigungsverhältnisses beim Entleiher.



§ 6 Austauschen, Zurückweisung und Ersetzung von Zeitarbeitskräften

- (1) Der Verleiher ist verpflichtet, bei Krankheit, Urlaub, unentschuldigtem Fehlen, Mutterschaft, Elternzeit, Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis oder ähnlichen Gründen bei bereits eingesetzten Zeitarbeitskräften unverzüglich und ohne gesonderte Aufforderung der Entleiherin, andere Zeitarbeitskräfte mit vergleichbarer Qualifikation einzusetzen oder auszutauschen. Dies erfolgt im Rahmen der von der Entleiherin erteilten Einzelvereinbarung und zu den Konditionen, die für die ausscheidenden Zeitarbeitskraft gelten. Der Verleiher hat die Person der einzusetzenden Zeitarbeitskraft vor deren Einsatz ebenso zu benennen wie bei der Einzelanforderung (siehe Anlage 1). Auch hier ist eine Einzelvereinbarung abzuschließen. Schadensersatzansprüche der Entleiherin aus diesem Zusammenhang bleiben vorbehalten.
- (2) Die Entleiherin ist berechtigt und gegebenenfalls gesetzlich verpflichtet, Zeitarbeitskräfte, die nicht den erforderlichen Eignungs- und Qualifikationsanforderungen entsprechen, jederzeit abzulehnen oder während des Arbeitseinsatzes von der Arbeitsstelle zu entfernen. Außerdem kann die Entleiherin vom Verleiher verlangen, die Zeitarbeitskräfte ab dem nächsten Werktag abzurufen, wenn sie deren Weiterbeschäftigung aus Leistungs-, Personen- oder Verhaltensgründen ablehnt. Die Gründe hierfür müssen nachvollziehbar, sachlich und frei von Willkür sein, müssen aber nicht die Anforderungen des § 1 Abs. 2 Kündigungsschutzgesetz (KSchG) erfüllen. In solchen Fällen hat der Verleiher unverzüglich, spätestens ab dem nächsten Werktag, für einen geeigneten Ersatz zu sorgen. Die Person des Ersatzes ist vor Einsatz entsprechend der Einzelanforderung zu benennen. Eine Einzelvereinbarung ist abzuschließen.
- (3) Besteht ein wichtiger Grund im Sinne des § 626 Bürgerliches Gesetzbuch (BGB), der eine außerordentliche Kündigung rechtfertigt, kann die Entleiherin die Zeitarbeitskräfte sofort vom Arbeitsplatz verweisen und vom Verleiher unverzüglich einen geeigneten Ersatz verlangen, der in Abstimmung mit der Entleiherin zu stellen ist. Die Person des Ersatzes ist vor Einsatz wie bei der Einzelanforderung zu benennen, und eine Einzelvereinbarung ist zu schließen.
- (4) Kommt der Verleiher der Aufforderung zur Abberufung, zum Austausch oder Ersatz der Zeitarbeitskräfte nicht oder nicht rechtzeitig nach, ist die Entleiherin berechtigt, die Einzelvereinbarung über die betreffenden Zeitarbeitskräfte außerordentlich und fristlos zu kündigen.



Arbeitnehmerüberlassungsvertrag

Vergabeverfahren „Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)“

Verfahrensnummer: 2026-042

§ 7 Beginn und Dauer der Arbeitnehmerüberlassung, Arbeitszeit, Vergütung und Preisbestandteile

- (1) Die Überlassung der einzelnen Zeitarbeitskräfte beginnt und endet jeweils zu den in der Einzelvereinbarung genannten Zeitpunkten.
- (2) Die wöchentliche Einsatzdauer jeder Zeitarbeitskraft ergibt sich aus der jeweiligen Einzelvereinbarung mit der Entleiherin. Die Arbeits- und Pausenzeiten der Zeitarbeitskräfte richten sich nach den bei der Entleiherin gegebenen Verhältnissen. Die Entleiherin ist berechtigt, die Zeitarbeitskräfte im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zur Ableistung von Überstunden sowie Feiertags- und Wochenendarbeit heranzuziehen, wenn die betrieblichen Belange der Entleiherin dies erfordern und es billigem Ermessen entspricht. Der Verleiher stellt sicher, dass gegenüber den überlassenen Zeitarbeitskräften entsprechende Weisungen getroffen werden können.
- (3) Die Entleiherin ist verpflichtet, dem Verleiher für jede eingesetzte Zeitarbeitskraft die jeweils vereinbarte Vergütung zu zahlen. Diese Vergütung ergibt sich aus dem angebotenen Stundenverrechnungssatz. Sämtliche Leistungen und Kosten der Verleihung betreffend sind damit abgegolten (insbesondere Verwaltungskosten, Fahrtkosten, Verpflegungsmehraufwand etc.). Andere Zuschläge sind ausgeschlossen und werden von der Entleiherin nicht vergütet.
- (4) Die Stundenverrechnungssätze gemäß Abs. 3 Satz 2 können vom Verleiher einmalig und frühestens mit Wirkung zum 01.08.2028 angepasst werden. Die Anpassung muss mindestens einen Monat vor ihrer Wirksamkeit in Textform unter der E-Mail-Adresse sport@landshut.de angekündigt werden. Maßgeblich für die Anpassung ist die Entwicklung der jeweils ersten Eingruppierungsstufe der Entgeltgruppen gemäß dem im Angebot angegebenen Tarifvertrag seit Vertragsbeginn. Im Fall der Erhöhung werden die Stundenverrechnungssätze entsprechend der prozentualen Änderung der ersten Stufe der jeweiligen Leistungskategorie zugeordneten Entgeltgruppe angepasst, wobei unabhängig von der Wirksamkeit der Erhöhung ausschließlich die prozentuale Änderung im Zeitraum zwischen Vertragsbeginn und dem 01.08.2028 berücksichtigt wird. Weitere tarifliche Änderungen, insbesondere Zulagen, Sonderzahlungen oder Einmalzahlungen werden nicht berücksichtigt. Soll die Erhöhung auch für laufende Arbeitnehmerüberlassungsverträge wirksam werden, ist der Verleiher zusätzlich verpflichtet, laufende Arbeitnehmerüberlassungsverträge vor Wirksamkeit der Erhöhung unter Berücksichtigung der erhöhten Stundensätze neu auszufertigen und dem Entleiher zu übersenden. Die neuen Stundensätze werden in diesen Fällen erst mit Zugang eines vom Verleiher unterzeichneten Exemplars des neuen Arbeitnehmerüberlassungsvertrags beim Entleiher - frühestens jedoch mit Wirksamkeit der angekündigten Erhöhung – wirksam.

§ 8 Rechnung

- (1) Die vom Verleiher übermittelte Rechnung wird monatlich der Entleiherin vorgelegt. Die Zahlungsfrist gilt als eingehalten, wenn die Entleiherin den Rechnungsbetrag innerhalb von 30 Tagen nach Rechnungseingang an das entsprechende Kreditinstitut überweist. Der Verleiher ist verpflichtet, Änderungen seiner Bankverbindung der Entleiherin unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Die Zeitarbeitskräfte sind nicht berechtigt, Zahlungen einzuziehen.



Arbeitnehmerüberlassungsvertrag

Vergabeverfahren „Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)“

Verfahrensnummer: 2026-042

- (2) Die Rechnungen enthalten alle Beträge netto zuzüglich der gesetzlich vorgeschriebenen Umsatzsteuer. Folgende Angaben sind in den Rechnungen enthalten:
- a) Leistungsdatum (Monat)
 - b) Leitweg-Identifikationsnummer: 09261000-10112000-61
 - c) Rechnungsdatum
 - d) Namen der Zeitarbeitskräfte mit Berufsgruppe
 - e) Einsatzdauer (Zeitraum von – bis) oder Einzeltage
 - f) Geleistete Arbeitsstunden im Leistungszeitraum abzüglich Pausen pro Tag
 - g) Stundenverrechnungssatz gemäß Angebot
- (3) Als Rechnungsadresse ist anzugeben: Stadt Landshut, Stabsstelle Sport, Altstadt 315, 84028 Landshut.

§ 9 Rechte und Pflichten des Verleihers, Vertraulichkeit, Vertragsstrafe

- (1) Der Verleiher sichert zu, dass er alle Sozialversicherungsbeiträge, Steuern und sonstigen Abgaben ordnungsgemäß abführt und den gesetzlichen bzw. tariflichen Mindestlohn für die der Entleiherin überlassenen Zeitarbeitskräfte einhält. Auf Wunsch der Entleiherin legt der Verleiher dies unverzüglich durch entsprechende Nachweise, wie z. B. Unbedenklichkeitsbescheinigungen des Finanzamts oder der Einzugsstellen, dar.
- (2) Sollte die Entleiherin nach § 28e Abs. 2 SGB IV und/oder § 42d EStG von der zuständigen Einzugsstelle oder dem Finanzamt in Anspruch genommen werden, ist sie berechtigt, die dem Verleiher zustehende Vergütung bis zur Vorlage eines ordnungsgemäßen Nachweises über die Abführung der Beiträge oder Lohnsteuer zurückzubehalten. Falls ein Zurückbehaltungsrecht nicht mehr möglich ist, insbesondere bei Beendigung aller Überlassungseinsätze, steht der Entleiherin ein entsprechender Freistellungsanspruch gegenüber dem Verleiher zu.
- (3) Der Verleiher garantiert, der Entleiherin ausschließlich zuverlässige und geeignete Zeitarbeitskräfte bereitzustellen. Er trifft eine sorgfältige Auswahl und verpflichtet die Zeitarbeitskräfte vertraglich zu sorgfältiger Arbeitsausführung sowie gemäß § 10 dieser Vereinbarung zum vertraulichen Umgang mit allen Informationen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen der Entleiherin sowie zu einem ordnungsgemäßen Umgang mit personenbezogenen Daten, deren Kenntnisnahme und Verarbeitung ausschließlich auf Anweisung.
- (4) Der Verleiher ist für die fachliche Eignung der Zeitarbeitskräfte für die vorgesehene Tätigkeit verantwortlich, einschließlich sonstiger erforderlicher persönlicher Voraussetzungen gemäß den jeweiligen Tätigkeitsbeschreibungen.
- (5) Notwendige allgemeine Einweisungen oder Schulungen, insbesondere zu Datenschutz, Arbeits- und Brandschutz, erfolgen vor Einsatzbeginn durch den Verleiher als Arbeitgeber. Die Nachweise hierüber sind der Entleiherin vorzulegen. Die Schulungspflichten entbinden die Entleiherin nicht von ihrer Verpflichtung gemäß § 11 Abs. 6 AÜG, die öffentlich-rechtlichen Vorschriften zum Arbeitsschutz einzuhalten.



Arbeitnehmerüberlassungsvertrag

Vergabeverfahren „Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)“

Verfahrensnummer: 2026-042

- (6) Bei ausländischen Zeitarbeitskräften stellt der Verleiher sicher, dass erforderliche Aufenthaltstitel, Erlaubnisse oder Berechtigungen für die Beschäftigung vorliegen und legt der Entleiherin entsprechende Nachweise über eine Plattform vor. Änderungen oder Wegfall dieser Titel sind der Entleiherin unverzüglich mitzuteilen.
- (7) Der Verleiher gewährleistet, dass alle Zeitarbeitskräfte über einen guten sprachlichen Ausdruck in der deutschen Sprache (mindestens über Deutschkenntnisse auf dem Niveau B2) verfügen.
- (8) Während der Vertragslaufzeit verpflichtet sich der Verleiher, keine Arbeitskräfte der Entleiherin direkt oder indirekt abzuwerben. Bei Verstoß zahlt der Verleiher an die Entleiherin eine Vertragsstrafe in Höhe eines Bruttojahresentgelts (inkl. Zulagen, Prämien etc.) der betreffenden Arbeitskräfte, die abgeworben wurden. Die Geltendmachung weitergehender Schadensersatzansprüche bleibt vorbehalten.
- (9) Der Verleiher verpflichtet sich, alle vertraulichen Informationen, die er von der Entleiherin erhält, streng vertraulich zu behandeln und nicht an Dritte weiterzugeben. Vertraulich sind insbesondere dieser Vertrag, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, diese Vertragsbedingungen sowie Informationen, die ihrer Natur nach vertraulich sind. Ausgenommen sind Informationen, die dem Verleiher bereits bekannt waren, rechtmäßig erlangt wurden oder öffentlich zugänglich sind. Der Verleiher wird diese Verpflichtung auch auf die Zeitarbeitskräfte übertragen, einschließlich eines Verbots, Vergütungsbestandteile gegenüber Entleiher-Mitarbeitenden zu offenbaren.
- (10) Der Verleiher verpflichtet die Zeitarbeitskräfte, alle während des Einsatzes erhaltenen oder selbst erstellten Unterlagen nach Einsatzende unverzüglich zurückzugeben und nicht für eigene oder fremde Zwecke weiterzuverwenden. Diese Verpflichtung gilt auch für den Verleiher selbst.
- (11) Die Zeitarbeitskräfte müssen geeignete, saubere und angemessene Kleidung tragen.

§ 10 Rechte und Pflichten der Stadt Landshut

- (1) Die Entleiherin ist berechtigt, den Zeitarbeitskräften während der Überlassung alle Weisungen zu erteilen, die nach Art und Umfang in den Tätigkeitsbereich fallen (fachliches Weisungsrecht). Der Verleiher tritt der Entleiherin insoweit seine Ansprüche auf Arbeitsleistung gegen die jeweiligen Zeitarbeitskräfte mit dessen Einverständnis ab und überträgt der Entleiherin insoweit das volle fachliche Weisungsrecht gegenüber den Zeitarbeitskräften im Rahmen der betriebsbedingten Beschäftigung.
- (2) Der Verleiher stellt sicher, dass die eingesetzten Zeitarbeitskräfte die einsatzbezogenen notwendigen Unterweisungen vor erstmaligen Dienstantritt erhalten. Die Unterweisung ist zu dokumentieren.
- (3) Die Tätigkeiten der Zeitarbeitskräfte unterliegen gemäß § 11 Abs. 6 AÜG den für den Betrieb der Entleiherin geltenden öffentlich-rechtlichen Vorschriften des Arbeitsschutzes und den in ihrem Betrieb geltenden Fürsorge-, Sicherheits- und sonstigen Schutzvorschriften



Arbeitnehmerüberlassungsvertrag

Vergabeverfahren „Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)“

Verfahrensnummer: 2026-042

(insbesondere Unfallverhütungsvorschriften). Die sich daraus ergebenden Pflichten obliegen der Entleiherin unbeschadet der Pflichten des Verleihers. Die Entleiherin ist verpflichtet, jeden Arbeitsunfall unverzüglich dem Verleiher und der zuständigen Berufsgenossenschaft zu melden und den Arbeitsunfall im Unfallbuch einzutragen.

- (4) Die Entleiherin verpflichtet sich, die überlassenen Zeitarbeitskräfte vor Beginn der Beschäftigung und bei Veränderungen in ihrem Arbeitsbereich in die spezifischen Gefahren des Arbeitsbereichs einzuweisen. Die Einweisung ist zu dokumentieren. Insbesondere hat die Entleiherin die Zeitarbeitskräfte vor Beginn der Tätigkeiten und bei Veränderungen in deren Arbeitsbereich über Gefahren für Sicherheit und Gesundheit, denen sie bei der Arbeit ausgesetzt sein können, sowie über Maßnahmen und Einrichtungen zur Abwehr und Abwendung dieser Gefahren zu unterrichten.
- (5) Die Entleiherin wird den Zeitarbeitskräften Zugang zu den Gemeinschaftseinrichtungen im Unternehmen unter den gleichen Bedingungen gewähren, wie vergleichbaren Arbeitnehmerinnen in dem Betrieb, in dem die Zeitarbeitskräfte ihre Arbeitsleistungen erbringen, es sei denn, eine unterschiedliche Behandlung ist aus sachlichen Gründen gerechtfertigt.
- (6) Die Entleiherin darf keine an sie überlassenen Zeitarbeitskräfte an andere Gesellschaften weiterverleihen (Verbot der Kettenüberlassung).

§ 11 Haftung, Streik

- (1) Der Verleiher haftet gegenüber der Entleiherin für die ordnungsgemäße Erfüllung seiner vertraglichen Pflichten, insbesondere für die sorgfältige Auswahl der überlassenen Zeitarbeitskräfte. Zudem gewährleistet der Verleiher, dass die Zeitarbeitskräfte für den Einsatz bei der Entleiherin geeignet sind, insbesondere die vorgegebenen Qualifikations-, Anforderungs- und Tätigkeitsmerkmale erfüllen sowie die erforderlichen Einweisungen und Schulungen gemäß den gesetzlichen Bestimmungen erhalten haben. Für die Ausführung der Arbeiten durch die Zeitarbeitskräfte sowie für von diesen während der Tätigkeit verursachte Schäden haftet der Verleiher nicht, außer der Schaden ist auf eine unsorgfältige Auswahl seitens des Verleihers zurückzuführen.
- (2) Die Haftung erstreckt sich ebenfalls auf Schäden, die der Entleiherin durch Inanspruchnahme Dritter entstehen. Der Verleiher verpflichtet sich, die Entleiherin von Ansprüchen Dritter freizustellen, sofern diese auf einem Ereignis beruhen, für das der Verleiher gegenüber der Entleiherin schadensersatzpflichtig ist.
- (3) Für sonstige Pflichtverletzungen haften beide Parteien nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Im Falle einfacher Fahrlässigkeit besteht eine Haftung nur bei Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei wesentlichen Vertragspflichten, deren Einhaltung für die ordnungsgemäße Durchführung des Vertrags entscheidend ist und auf deren Beachtung beide Parteien regelmäßig vertrauen dürfen. Diese Haftungsbegrenzungen und -ausschlüsse gelten nicht für gesetzlich zwingende verschuldensunabhängige Haftungen oder Garantien, sofern diese ausdrücklich vereinbart wurden, ebenso wenig bei Arglist.



Arbeitnehmerüberlassungsvertrag

Vergabeverfahren „Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)“

Verfahrensnummer: 2026-042

- (4) Sollte aufgrund von Arbeitsk Kampfmaßnahmen im Betrieb des Entleiher s das Personal des Verleiher s nicht arbeiten können, so werden vom Entleiher diese Ausfallstunden vergütet. Der Arbeitnehmer ist für die Zeit eines Streiks, einer Aussperrung oder Betriebsstillegung nicht zur Arbeitsaufnahme verpflichtet. Das vom Verleiher überlassene Personal darf sich nicht an Arbeitsk Kampfmaßnahmen im Betrieb des Entleiher s beteiligen. Der Entleiher hat den Verleiher unverzüglich über in seinem Betrieb stattfindende Arbeitsk Kampfmaßnahmen zu unterrichten.

§ 12 Datenschutz

- (1) Sowohl der Verleiher als auch die Entleiherin sind verpflichtet, alle im Zusammenhang mit diesem Vertrag erlangten Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie personenbezogenen Daten ausschließlich für den Vertragszweck zu verwenden. Eine Aufzeichnung, Weitergabe oder anderweitige Nutzung außerhalb dieses Zwecks sind untersagt.
- (2) Beide Parteien verpflichten sich zur Einhaltung sämtlicher datenschutzrechtlicher Vorschriften, insbesondere der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Die Definitionen aus Art. 4 DSGVO finden hier Anwendung.
- (3) Die Parteien gelten als Verantwortliche im Sinne des Art. 4 Nr. 7 DSGVO. Im Rahmen der Überlassung der Zeitarbeitskräfte treffen sie gemeinsam Entscheidungen über Zweck und Mittel der Datenverarbeitung und sind somit gemeinsam Verantwortliche gemäß Art. 26 DSGVO.
- (4) Die Zuständigkeiten der Parteien verteilen sich wie folgt:
- a) Der Verleiher ist verantwortlich für die Datenverarbeitung, die zur Überlassung der Zeitarbeitskräfte erfolgt, einschließlich der Weitergabe der erforderlichen personenbezogenen Daten an die Entleiherin.
 - b) Die Entleiherin verantwortet die Datenverarbeitung, die während des Einsatzes der Zeitarbeitskräfte zu Zwecken der Überlassung erfolgt, einschließlich der Übermittlung erforderlicher personenbezogener Daten an den Verleiher.
- (5) Jede Partei stellt sicher, dass die von ihr durchgeführten Datenverarbeitungen rechtmäßig und sicher erfolgen.
- (6) Für Datenverarbeitungen, die zu anderen Zwecken durchgeführt werden, trägt jede Partei die alleinige Verantwortung. Insbesondere liegt die Verantwortung für die vom Verleiher als Arbeitgeber im eigenen Betrieb vorgenommenen Datenverarbeitungen allein bei ihm.
- (7) Im Zusammenhang mit der Überlassung werden folgende personenbezogene Daten der Zeitarbeitskräfte verarbeitet:
- a) Stammdaten, Kontaktdaten, Qualifikationen, Berufsausbildung
 - b) Ausgeübte Tätigkeiten
 - c) Arbeitszeiten, Zeiterfassung, Abwesenheiten, Arbeitsunfähigkeitszeiten
 - d) Urlaubszeiten
 - e) sowie weitere vergleichbare Datenkategorien.
- (8) Jede Partei verpflichtet sich, in ihrem Verantwortungsbereich die Informationspflichten gemäß Art. 13 und 14 DSGVO sowie Art. 26 Abs. 2 Satz 2 DSGVO gegenüber den Zeitarbeitskräften zu



Arbeitnehmerüberlassungsvertrag

Vergabeverfahren „Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)“

Verfahrensnummer: 2026-042

erfüllen und diese gegebenenfalls zur Einhaltung von Schweigepflicht und Datenschutz zu verpflichten.

- (9) Die Parteien ergreifen sämtliche erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen nach Art. 32 DSGVO, um die Betroffenenrechte gemäß Art. 15 bis 22 DSGVO fristgerecht sicherzustellen. Für die Bearbeitung von Betroffenenanfragen ist jeweils die Partei zuständig, deren Zuständigkeitsbereich betroffen ist.
- (10) Zur Wahrung der Betroffenenrechte und bei der Bearbeitung von Anfragen innerhalb dieses Vertrags unterstützen sich die Parteien gegenseitig. Sollte eine betroffene Person eine Partei direkt kontaktieren, obwohl die andere Partei zuständig ist, wird die Anfrage unverzüglich schriftlich weitergeleitet. Die Parteien stellen sich gegenseitig alle notwendigen Informationen zur Verfügung, die für die Beantwortung der Anfrage erforderlich sind.
- (11) Bei der Einbindung von Auftragsverarbeitern für die Datenverarbeitung im Rahmen dieses Vertrags halten sich die Parteien an alle einschlägigen Vorschriften, insbesondere Art. 28 DSGVO. Die beauftragende Partei informiert die Zeitarbeitskräfte verständlich über die Auftragsverarbeitung. Auftragsverarbeiter und Subunternehmer sind der jeweils anderen Partei bei Vertragsschluss mitzuteilen, Änderungen unverzüglich zu melden.
- (12) Für Melde- und Benachrichtigungspflichten gemäß Art. 33 und 34 DSGVO ist die Partei verantwortlich, deren Zuständigkeitsbereich von der Datenschutzverletzung betroffen ist. Die Parteien informieren sich gegenseitig unverzüglich, spätestens jedoch 24 Stunden nach Kenntnis einer möglichen Verletzung personenbezogener Daten. Die gesetzliche Meldefrist von 72 Stunden wird eingehalten, und alle erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr oder Minimierung von Datenschutzverstößen werden getroffen. Bei Überschneidung der Zuständigkeiten erfolgt vor Meldung an die Aufsichtsbehörde eine Abstimmung zwischen den Parteien. Kommunikation oder Meldungen sollen, soweit möglich, vor Versand gemeinsam abgestimmt werden.
- (13) Beide Parteien verpflichten sich, nach Beendigung des Hauptvertrags alle personenbezogenen Daten zu löschen, soweit keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten bestehen.
- (14) Im Außenverhältnis haften die Parteien gemäß Art. 82 und 83 DSGVO. Im Innenverhältnis haftet jede Partei gegenüber der anderen für Schäden aus datenschutzwidriger Verarbeitung entsprechend ihrem Verantwortungsbereich und Verschuldensanteil.
- (15) Sämtliche Unterlagen, Dokumentationen und Datenträger, die die Parteien zur ordnungsgemäßen Vertragserfüllung austauschen, werden von der empfangenden Partei sorgsam und datenschutzkonform aufbewahrt. Die datenschutzrechtlichen Vorgaben werden eingehalten.

§ 13 Abtretungsverbot

Der Verleiher ist nicht berechtigt, Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag oder den Einzelvereinbarungen ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Entleiherin ganz oder teilweise an Dritte zu übertragen oder abzutreten.



Arbeitnehmerüberlassungsvertrag

Vergabeverfahren „Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)“

Verfahrensnummer: 2026-042

§ 14 Schlussbestimmungen

- (1) Diese Vereinbarung einschließlich ihrer Anlagen sowie alle darauf basierenden Einzelvereinbarungen unterliegen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gerichtsstand ist Landshut.
- (2) Änderungen, Ergänzungen oder der Verzicht auf einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung oder ihrer Anlagen bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform.
- (3) Sollte eine Bestimmung dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, bleibt die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen hiervon unberührt. Die Parteien verpflichten sich, eine wirksame Ersatzregelung zu treffen, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Regelung entspricht und die beiderseitigen Interessen berücksichtigt.
- (4) Mit Abschluss dieser Vereinbarung und darauf basierender Einzelvereinbarungen wird die Rechtsbeziehung zwischen dem Verleiher und der Entleiherin gemäß § 12 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) geregelt.

Ort, Datum

Stadt Landshut, vertreten durch Herrn Oberbürgermeister Alexander Putz

Ort, Datum

[Name des Verleihers], vertreten durch



EINZELVEREINBARUNG

Vertrag zwischen

Stadt Landshut,
vertreten durch Herrn OB Dr. Thomas Haslinger
Altstadt 315
84028 Landshut

- im Folgenden **Entleiher** genannt -

und

- im Folgenden **Verleiher** genannt –

Auf Grundlage und unter ausdrücklicher vertraglicher Einbeziehung des zwischen den Parteien bestehenden Arbeitnehmerüberlassungsvertrags vom [XX.XX.XXXX] vereinbaren die Parteien nachfolgend die einzelnen Zeiträume der Arbeitnehmerüberlassung des nachfolgend genannten Zeitarbeitnehmers in dieser Einzelvereinbarung.

Der Verleiher überlässt Leiharbeitnehmer an den Entleiher wie folgt:

Name	[Vorname] [Nachname]
Einsatzbeginn/-ende	[Datum] / [Datum]
Einsatzort	[x]
Funktion/Tätigkeit	[Bezeichnung]
Besondere Merkmale der Tätigkeit	- [x] - [x] - [x]



Arbeitnehmerüberlassungsvertrag, Verfahrensnummer: 2026-042
Einzelvereinbarung

Erforderliche berufliche Qualifikationen	- [x] - [x] - [x]
Arbeitszeit	- x Stunden pro Tag/Woche/Monat - [Angaben zur Verteilung der Arbeitszeit]
Anwendbare Verrechnungssätze (Stundensatz), netto	
Basisverrechnungssatz	EUR [x]
	EUR [x] für [z.B. Nacht-/Sonntags-/Feiertagsarbeit]

Sollten während der Laufzeit dieses Arbeitnehmerüberlassungsvertrags weitere Leiharbeiter*innen überlassen oder überlassene Leiharbeiter*innen ausgetauscht werden, vereinbaren die Parteien jeweils vor Beginn der Überlassung (Einsatz) schriftlich die Ergänzung dieser Einzelvereinbarung. Im Übrigen gelten ergänzend die Bestimmungen des zwischen den Parteien bestehenden Arbeitnehmerüberlassungsvertrags vom [Datum].

Die Parteien bestätigen mit ihrer Unterschrift, dass die vorstehend genannten Einsätze nach ihrem übereinstimmenden Willen als rechtsverbindliche Vereinbarung einer Arbeitnehmerüberlassung der genannten Zeitarbeiter im Sinne der Bestimmungen des zwischen ihnen bestehenden Vertrages gewollt waren.

Ort, Datum

Stadt Landshut, vertreten durch Herrn Oberbürgermeister Alexander Putz

Ort, Datum

[Name des Verleihers], vertreten durch

Bezeichnung der Leistung:

Maßnahmennummer	Vergabenummer 2026-042
Maßnahme	
Leistung Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)	

Erklärung der Bieter- /Arbeitsgemeinschaft

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft,

Bevollmächtigter Vertreter

Mitglied _____

USt-ID: _____

Weitere Mitglieder

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

Mitglied _____

USt-ID: _____

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden und erklären¹, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, zur Entgegennahme der Zahlungen mit befreiender Wirkung berechtigt ist und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

(Ort) _____ (Datum) _____

(Stempel und Unterschrift) _____

(Ort) _____ (Datum) _____

(Stempel und Unterschrift) _____

(Ort) _____ (Datum) _____

(Stempel und Unterschrift) _____

(Ort) _____ (Datum) _____

(Stempel und Unterschrift) _____

¹ Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben. Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

Bieter	Vergabenummer	Datum
	2026-042	
Maßnahme		
Leistung Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)		

Verzeichnis der Leistungen von Unterauftragnehmern bzw. anderer Unternehmen Ergänzung des Angebotsschreibens

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne(n) ich/wir Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich mich/wir uns der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen werde(n).

OZ/Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen	Name des Unternehmens (erst nach gesonderter Anforderung der Vergabestelle)	Eignungs- leihe ^{*)} (Ja/Nein)

^{*)} Sofern für die von einem Unterauftragnehmer zu erbringende Teilleistung der Bieter nicht geeignet ist, liegt ein Fall der Eignungsleihe hinsichtlich der technischen oder beruflichen Leistungsfähigkeit vor.

Eignungsleihe im Hinblick auf die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bei der Ausführung des Auftrags beabsichtige(n) ich mich/wir uns im Rahmen der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit der Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen. Hierzu benenne(n) ich/wir nachfolgend die Namen, den gesetzlichen Vertreter und die Kontaktdaten der hierzu vorgesehenen Unternehmen.

Name, gesetzlicher Vertreter, Kontaktdaten des Unternehmens	Angabe zu der von diesem Unternehmen überlassenen Eignung

Bewerber/Bieter	Vergabenummer	Datum
Maßnahme		
Leistung		

Name, gesetzlicher Vertreter, Kontaktdaten des sich verpflichtenden Unternehmens
--

Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen

Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter diesem mit den erforderlichen Kapazitäten meines/unseres Unternehmens für den/die nachfolgenden Leistungsbereich(e) zur Verfügung zu stehen.

OZ/Leistungsbereich	Beschreibung der (Teil)Leistungen

(Ort, Datum, Unterschrift)

<input type="checkbox"/>	Der Bewerber bzw. Bieter nimmt zum Nachweis seiner Eignung die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit meines/unseres Unternehmens in Anspruch. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns gegenüber dem Auftraggeber, im Falle der Auftragsvergabe an den o.g. Bewerber/Bieter mit diesem gemeinsam für die Auftragsausführung zu haften. ¹
--------------------------	---

(Ort, Datum, Unterschrift)

Anmerkung: Sofern Verpflichtungserklärungen in Kopie oder als Telefax vorgelegt werden, behält sich die Vergabestelle vor, die Originale zu verlangen.

¹ Diese Erklärung muss abgegeben werden, wenn sie in den Bewerbungsbedingungen gefordert ist.



Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Konzessionen gemäß DSGVO

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Durchführung von Vergabeverfahren der Stabsstelle Beschaffungs- und Vergabestelle im Rechtsamt.

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenerhebung ist:
STADT LANDSHUT
Rechtsamt – Stabsstelle Beschaffungs- und Vergabestelle
Luitpoldstraße 27
D-84034 Landshut
beschaffungsstelle@landshut.de
Tel.: 0871 88-1315

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Datenschutzbeauftragter Stadt Landshut
Altstadt 315
84028 Landshut
datenschutz@landshut.de
Tel.: 0871 – 88 14 20

4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Zweck: Ihre Daten werden erhoben, um Vergabeverfahren durchzuführen.
Rechtsgrundlagen: Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c und e in Verbindung mit Artikel 6 Absatz 3 DSGVO, § 30 KommHV-Doppik (Bayern) bzw. § 31 KommHV-Kameralistik (Bayern) und Art. 4 Absatz 1 Bayerisches Datenschutzgesetz

5. Empfänger der personenbezogenen Daten

Empfänger der personenbezogenen Daten sind die Stabsstelle Beschaffungs- und Vergabestelle im Rechtsamt und der jeweilige (öffentliche) Auftraggeber sowie ggfs. in das Verfahren eingebundene weitere Dritte. Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

Für den Fall, dass es sich bei dem zukünftigen Auftragnehmer um eine natürliche Person handelt, wird ergänzend auf Folgendes hingewiesen: Die Stabsstelle Beschaffungs- und Vergabestelle im Rechtsamt wird gemäß den vergaberechtlichen Regelungen des § 134 Abs. 1 GWB, § 62 Abs. 2 VgV und § 46 Abs. 1 UVgO die betroffenen Bieter und/oder Bewerber über den Namen des Unternehmens, dessen Angebot angenommen werden soll, informieren.

Dieser Unternehmensname wird im Falle eines Vergabeverfahrens ab bzw. oberhalb der EU-Schwellenwerte gemäß § 39 VgV in der Vergabebekanntmachung im Supplement zum Amtsblatt der EU veröffentlicht.

Des Weiteren ist die Stabsstelle Beschaffungs- und Vergabestelle im Rechtsamt nach § 19 Absatz 4 Mindestlohngesetz, § 21 Absatz 4 Arbeitnehmer-Entsendegesetz, § 21 Absatz 1 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz verpflichtet, bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 150a der Gewerbeordnung anzufordern.

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Eine Datenübermittlung an ein Drittland findet nicht statt.

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden bei der Stadt Landshut so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen für die genannten Zwecke erforderlich ist. Bei europaweiten Ausschreibungen sind gem. § 8 Abs. 4 VgV für Liefer- und Dienstleistungen bzw. § 20 EU VOB/A i.V.m. § 8 Abs. 4 VgV für Bauleistungen die Vergabeunterlagen bis zum Ende der Laufzeit des Vertrags/ der Rahmenvereinbarung aufzubewahren, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags. Bei nationalen Ausschreibungen sind gem. § 6 UVgO für Liefer- und Dienstleistungen die Vergabeunterlagen mindestens für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags aufzubewahren. Bei beschränkten Ausschreibungen ohne Teilnahmewettbewerb für Bauleistungen deren Auftragswert 25.000 € ohne USt. bzw. bei Freihändigen Vergaben der Auftragswert 15.000 EUR ohne USt. übersteigt, sind die in § 20 Abs. 3 VOB/A genannten Informationen sechs Monate vorzuhalten, § 20 Abs. 3 Satz 2 VOB/A. Maßstab für die Dauer der Speicherung personenbezogener Daten sind ebenso die haushaltsrechtlichen Aufbewahrungsfristen gem. EAPI-Aufbewahrungsfristenverzeichnis (ApIZ 8040) von 10 Jahren.

8. Betroffenenrechte

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. In datenschutzrechtlichen Belangen ist jederzeit der Beschwerdeweg zum Landeshauptbeauftragten für Datenschutz eröffnet (Wagmüllerstraße 18, 80538 München; Postfach 221219, 80502 München; Tel. 089 212672-0; E-Mail: poststelle@datenschutz-bayern.de).

9. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn Sie in die Verarbeitung durch die unter Ziffer 2 genannte Stelle durch eine entsprechende Erklärung nach Art. 6 Abs.1 Buchstabe a oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a DSGVO eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

02.07.2026

Verfahren: 2026-042 - Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)

SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

Allgemeine Vorbemerkungen

Bei dieser Ausschreibung handelt es sich um eine Arbeitnehmerüberlassung. Gegenstand ist die Beauftragung von Eismeisterhelfern für die Eissaison 2026/2027 an der städtischen Eisportanlage Landshut, am Gutenbergweg 32 in 84034 Landshut. Optional kann die Beauftragung zweimal um jeweils eine weitere Eissaison verlängert werden.

Einsatzzeiten

Die Eismeisterhelfer werden im Zeitraum vom 01. August 2026 bis 31. März 2027 erforderlich. Der Einsatz erfolgt somit nur während der Saison.

Die Einsatzpläne für die Saison 26/27, wie auch die Einsatzpläne für die optionalen Saisons 27/28 und 28/29 sind unter "Anlagen" zu finden.

Die Einsatzzeiten erfolgen im Schichtdienst (Früh- und Spätschichten, aber kein Wechselschichtbetrieb mit Nachtschicht). Die Schichten lösen sich um 15:00 Uhr ab.

Einsatzzeiten sind regulär

Samstag:

07:00 - 15:00 Uhr (Frühschicht) und

15:00 - 22:45 Uhr (Spätschicht)

Sonntag:

07:00 - 15:00 Uhr (Frühschicht) und

15:00 - 23:30 Uhr (Spätschicht)

Der Personalbedarf umfasst je Schicht 1 Person.

Leistungsumfang - Auftragsausführung

- Reinigung der Kabinen, samstags- und sonntags morgens
- Kontrolle/Auffüllen von Seife, Desinfektionsmittel sowie Handtücher in Kabinen (vor jeder Trainingsgruppe erforderlich)
- Reinigung Sanitäranlagen, Böden 1 x pro Tag, Kontaktflächen 2 x pro Tag
- Kontrolle/Auffüllen von Seife, Desinfektionsmittel, Handtücher in den Sanitäranlagen; 3 x pro Tag
- Ausgabe der Kabinenschlüssel, Führung der Schlüsselausgabeliste
- Rücknahme Kabinenschlüssel
- Zwischenreinigung der Kabinen (Kontaktflächen, Kontrolle der Seifen, Handtücher) vor Wiederbelegung
- Reinigungsarbeiten von Hallen, Stadionvorplatz und Wegen
- Unterhaltsarbeiten und Winterdienst
- Mitwirkung bei der Eisbearbeitung
- Unterstützung der Eismeister bei Eisbearbeitung und Reparaturen, Instandsetzung von Sporteinrichtungen und handwerkliche Besorgungen
- Aufsicht und Hausmeisteraufgaben
- Auf- und Abbau von Veranstaltungseinrichtung en
- Sonstige Hilfsarbeiten auf Anweisung des Eismeisters

1 Eissaison 2026/2027 EUR

1.1 Einsatzzeitraum Samstag EUR

1.1.1 Einsatzzeitraum 7:00 - 15:00 Uhr USt. [%] Menge Einheit Einzelpreis [EUR] Gesamtpreis [EUR]

19% 256,00 Stunden
pro 1,00 Stunde

Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.

Personalbedarf: 1 Person

8 Stunden an 32 Tagen

1.1.2 Einsatzzeitraum 15:00 - 19:00 Uhr USt. [%] Menge Einheit Einzelpreis [EUR] Gesamtpreis [EUR]

19% 128,00 Stunden
pro 1,00 Stunde

Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.

Personalbedarf: 1 Person

4 Stunden an 32 Tagen

1.1.3	Einsatzzeitraum 19:00 - 20:00 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	32,00	Stunden pro 1,00 Stunde
	Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.					
	Personalbedarf: 1 Person					
	1 Stunde an 32 Tagen					

1.1.4	Einsatzzeitraum 20:00 - 21:00 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	32,00	Stunden pro 1,00 Stunde
	Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.					
	Personalbedarf: 1 Person					
	1 Stunde an 32 Tagen					

1.1.5	Einsatzzeitraum 21:00 - 22:00 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	32,00	Stunden pro 1,00 Stunde
	Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.					
	Personalbedarf: 1 Person					
	1 Stunde an 32 Tagen					

1.1.6	Einsatzzeitraum 22:00 - 22:45 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	24,00	Stunden pro 1,00 Stunde
	Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.					
	Personalbedarf: 1 Person					
	0,75 Stunden an 32 Tagen					

1.2	Einsatzzeitraum Sonntag	EUR				
1.2.1	Einsatzzeitraum 7:00 - 15:00 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	264,00	Stunden pro 1,00 Stunde
	Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.					
	Personalbedarf: 1 Person					
	8 Stunden an 33 Tagen					

1.2.2	Einsatzzeitraum 15:00 - 19:00 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	132,00	Stunden pro 1,00 Stunde
	Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.					
	Personalbedarf: 1 Person					
	4 Stunden an 33 Tagen					

1.2.3	Einsatzzeitraum 19:00 - 20:00 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	33,00	Stunden pro 1,00 Stunde
Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.						
Personalbedarf: 1 Person						
1 Stunde an 33 Tagen						
<hr/>						
1.2.4	Einsatzzeitraum 20:00 - 21:00 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	33,00	Stunden pro 1,00 Stunde
Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.						
Personalbedarf: 1 Person						
1 Stunde an 33 Tagen						
<hr/>						
1.2.5	Einsatzzeitraum 21:00 - 22:00 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	33,00	Stunden pro 1,00 Stunde
Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.						
Personalbedarf: 1 Person						
1 Stunde an 33 Tagen						

1.2.6	Einsatzzeitraum 22:00 - 23:00 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	33,00	Stunden pro 1,00 Stunde
	Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.					
	Personalbedarf: 1 Person					
	1 Stunde an 33 Tagen					

1.2.7	Einsatzzeitraum: 23:00 - 23:30 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	16,50	Stunden pro 1,00 Stunde
	Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.					
	Personalbedarf: 1 Person					
	0,5 Stunden an 33 Tagen					

1.3	Einsatzzeitraum Feiertag	EUR				
1.3.1	Einsatzzeitraum 7:00 - 15:00 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	40,00	Stunden pro 1,00 Stunde
	Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.					
	Personalbedarf: 1 Person					
	8 Stunden an 5 Tagen					

<hr/>						
1.3.2	Einsatzzeitraum 15:00 - 19:00 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	20,00	Stunden pro 1,00 Stunde
	Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.					
	Personalbedarf: 1 Person					
	4 Stunden an 5 Tagen					
<hr/>						
1.3.3	Einsatzzeitraum 19:00 - 20:00 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	Stunden pro 1,00 Stunde
	Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.					
	Personalbedarf: 1 Person					
	1 Stunde an 5 Tagen					
<hr/>						
1.3.4	Einsatzzeitraum 20:00 - 21:00 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	Stunden pro 1,00 Stunde
	Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.					
	Personalbedarf: 1 Person					
	1 Stunde an 5 Tagen					

1.3.5	Einsatzzeitraum 21:00 - 22:00 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	5,00	Stunden pro 1,00 Stunde
	Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.					
	Personalbedarf: 1 Person					
	1 Stunde an 5 Tagen					
1.3.6	Einsatzzeitraum 22:00 - 23:00 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	4,25	Stunden pro 1,00 Stunde
	Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.					
	Personalbedarf: 1 Person					
	0,75 Stunden an 3 Tagen					
	1 Stunde an 2 Tagen					
1.3.7	Einsatzzeitraum 23:00 - 23:30 Uhr	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Stunde pro 1,00 Stunde
	Angabe des Stundenlohns inklusive eventuell anfallender Zuschläge.					
	Personalbedarf: 1 Person					
	0,5 Stunden an 2 Tagen					

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass
(netto)

Nachlass
(netto)

Summe inkl. Nachlass
(netto)

Umsatzsteuer

**Summe
(brutto)**

Ausschreibung

Verfahren: 2026-042 - Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Ausschreibung

Verfahren: 2026-042 - Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Wichtige Hinweise zu den Eignungskriterien

Gemäß § 122 Abs. 1 GWB bzw. § 31 Abs. 1 UVgO werden öffentliche Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben, die nicht nach den §§ 123 oder 124 GWB ausgeschlossen sind. Ein Unternehmen (Bewerber/Bieter/Unternehmer) gilt als geeignet, wenn es die nachfolgenden Kriterien hinsichtlich Befähigung und Erlaubnis der Berufsausübung, wirtschaftlicher und finanzieller Leistungsfähigkeit sowie technischer und beruflicher Leistungsfähigkeit erfüllt.

Bitte gehen Sie daher sicher, dass Sie die nachfolgend aufgezählten Unterlagen vollständig ausgefüllt und Ihrem Angebot beigefügt haben. Es wird auf Ziffer 8 der Bewerbungsbedingungen hingewiesen.

Ergänzend möchten wir darauf hinweisen, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen des öffentlichen Auftraggebers innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen.

Ein Angebot / Teilnahmeantrag wird ausgeschlossen, wenn diese Unterlagen nicht vollständig innerhalb der festgelegten Frist eingereicht werden.

Hinweis: Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Wettbewerbsregister gem. § 6 WRegG beim Bundeskartellamt anfordern.

2 Präqualifizierung und EEE [Mussangabe]

Der öffentliche Auftraggeber erklärt sich bereit, die Vorlage eines Präqualifizierungszertifikats, welches im amtlichen Verzeichnis Präqualifizierter Unternehmen für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (oder alternativ in der älteren auch noch gültigen PQ-VOL-Datenbank) eingetragen ist, zu akzeptieren.

Informationen und Zertifikat sind erhältlich unter www.amtliches-verzeichnis.ihk.de

Hinweis: Bei den nachfolgenden Muss-Angaben zur Eignung bitte "PQ" eintragen bzw. das so gekennzeichnete Feld ankreuzen.

Wenn Sie zum Nachweis der Eignung ein Präqualifizierungssystem verwenden, prüfen Sie bitte vor Angebotsabgabe die hinterlegten Dokumente und Erklärungen hinsichtlich der in diesem Verfahren geltenden Eignungsanforderungen.

Der öffentliche Auftraggeber akzeptiert bei europaweiten Vergabeverfahren über dem Schwellenwert auch die "Einheitliche europäische Eigenerklärung" (EEE) gem. § 48 Abs. 3 VgV.

Tragen Sie bitte Ihre PQ-Nummer UND den Code in das Eingabefeld ein. Wenn Sie NICHT PRÄQUALIFIZIERT sind d.h. keine PQ-Nummer haben, schreiben Sie bitte das Wort "KEINE" in das Freifeld.

3 § 31 Abs. 1 UVgO i.V.m. § 123 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich erkläre/wir erklären, dass die in § 31 Abs. 1 UVgO i.V.m. § 123 GWB genannten Ausschlussgründe nicht zutreffen.

Der maßgebliche § 31 Abs. 1 UVgO hat folgenden Wortlaut:

§ 31 UVgO Auswahl geeigneter Unternehmen; Ausschluss von Bewerbern und Bieter

(1) Öffentliche Aufträge werden an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben, die nicht in entsprechender Anwendung der §§ 123 oder 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ausgeschlossen worden sind.

Der maßgebliche § 123 GWB hat folgenden Wortlaut:

§ 123 Zwingende Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

10. den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

(2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

(3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

(4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder

2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

(5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

Bei Abdeckung durch gültige Präqualifizierung (PQ) bitte ebenfalls mit "Ja" bestätigen.

[] Keine Angabe
[] Ja
[] Nein

Nur eine Antwort wählbar

4 § 31 Abs. 1 UVgO i.V.m. § 124 GWB [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich erkläre/wir erklären, dass die in § 31 Abs. 1 UVgO i.V.m. § 124 GWB genannten Ausschlussgründe nicht zutreffen.

Der maßgebliche § 31 Abs. 1 UVgO hat folgenden Wortlaut:

§ 31 UVgO Auswahl geeigneter Unternehmen; Ausschluss von Bewerbern und Bieter

(1) Öffentliche Aufträge werden an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben, die nicht in entsprechender Anwendung der §§ 123 oder 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ausgeschlossen worden sind.

Der maßgebliche § 124 GWB hat folgenden Wortlaut:

§ 124 Fakultative Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,

4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen mit anderen Unternehmen Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,

7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder

9. das Unternehmen

a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

(2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes und § 14 des Bundestariftreuegesetzes bleiben unberührt.

Ich erkläre / wir erklären weiter, dass

- ich / das Unternehmen nicht wegen eines Verstoßes nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiLoG oder § 21 SchwarzArbG sanktioniert worden bin / ist und

- ich / das Unternehmen nicht wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Abs. 1 LkSG mit einer Geldbuße nach Maßgabe von § 22 Abs. 2 LkSG belegt worden bin / ist

Bei Abdeckung durch gültige Präqualifizierung (PQ) bitte ebenfalls mit "Ja" bestätigen.

- ☐ Keine Angabe
☐ Ja
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

5 Selbstreinigung gemäß § 31 UVgO i.V.m. § 125 GWB

Gewichtung: 0,00%

5.1 Erklärung / Hinweis

Nachfolgende Erklärung ist nur beim Vorliegen eines Ausschlussgrundes nach § 123 GWB oder § 124 GWB auszufüllen.

5.2 Erklärung über Selbstreinigung gemäß § 125 GWB

Ich/Wir erkläre/n mit meiner/unserer Unterschrift, dass bei meinem/unserem Unternehmen ein Ausschlussgrund nach § 31 Abs. 1 UVgO i.V.m. § 123 GWB oder § 124 GWB vorliegt.

Der maßgebliche § 31 Abs. 2 Satz 3 UVgO i.V.m. § 125 GWB hat folgenden Wortlaut:

§ 31 Abs. 2 UVgO Auswahl geeigneter Unternehmen; Ausschluss von Bewerbern und Bietern

(1)

(2) Der Auftraggeber überprüft die Eignung der Bewerber oder Bieter anhand der nach § 33 festgelegten Eignungskriterien. Die Eignungskriterien können die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung oder die wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit betreffen. Bei Vorliegen von Ausschlussgründen sind § 125 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zur Selbstreinigung und § 126 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zur zulässigen Höchstdauer des Ausschlusses entsprechend anzuwenden. § 123 Absatz 1 Nummer 4 und 5 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen findet auch insoweit entsprechende Anwendung, soweit sich die Straftat gegen öffentliche Haushalte richtet. § 124 Absatz 1 Nummer 7 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen findet mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, dass die mangelhafte Vertragserfüllung weder zu einer vorzeitigen Beendigung des Vertrags, noch zu Schadensersatz oder einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt haben muss.

§ 125 Selbstreinigung

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen, bei dem ein Ausschlussgrund nach § 123 oder § 124 vorliegt, nicht von der Teilnahme an dem Vergabeverfahren aus, wenn das Unternehmen dem öffentlichen Auftraggeber oder nach § 8 des Wettbewerbsregistergesetzes es dem Bundeskartellamt nachgewiesen hat, dass es

1. für jeden durch eine Straftat oder ein Fehlverhalten verursachten Schaden einen Ausgleich gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat,

2. die Tatsachen und Umstände, die mit der Straftat oder dem Fehlverhalten und dem dadurch verursachten Schaden in Zusammenhang stehen, durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und dem öffentlichen Auftraggeber umfassend geklärt hat und

3. konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder weiteres Fehlverhalten zu vermeiden.

§ 123 Absatz 4 Satz 2 bleibt unberührt.

(2) Bei der Bewertung der von dem Unternehmen ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen sind die Schwere und die besonderen Umstände der Straftat oder des Fehlverhaltens zu berücksichtigen. Die Entscheidung, dass die Selbstreinigungsmaßnahmen des Unternehmens als unzureichend bewertet werden, ist gegenüber dem Unternehmen zu begründen.

Folgende Straftat/Fehlverhalten wurde durch mein/unser Unternehmen begangen:

5.3 Voraussetzungen zur Selbstreinigung

Bitte zutreffendes auswählen.

☐ Ich/wir habe/n für jeden durch eine Straftat oder ein Fehlverhalten verursachten Schaden einen Ausgleich gezahlt oder habe/n mich/uns zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet

☐ Ich/wir habe/n die Tatsachen und Umstände, die mit der Straftat oder dem Fehlverhalten und dem dadurch verursachten Schaden in Zusammenhang stehen, durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und dem öffentlichen Auftraggeber geklärt.

☐ Ich/wir habe/n konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen, die geeignet sind, weitere Straftaten oder weiteres Fehlverhalten zu vermeiden.

Mehrere Antworten wählbar

5.4 Nachweise

Folgende Nachweise einer Selbstreinigung haben wir beigelegt:

6 Berufsgenossenschaft [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Ich bin / wir sind Mitglied in der Berufsgenossenschaft.

Falls meine/unsere Bewerbung/Angebot in die engere Wahl kommt, werde(n) ich/wir auf gesondertes Verlangen des öffentlichen Auftraggebers eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich/uns zuständigen Versicherungsträgers vorlegen.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

7 Gewerberechtliche Voraussetzungen [Mussangabe]

Ich erkläre / wir erklären, dass ich / wir die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n).

Bei Abdeckung durch gültige Präqualifizierung (PQ) bitte "Ja" auswählen.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja, ich/wir erfülle(n) die gewerberechtlichen Voraussetzungen (0)
- ☐ Nein, Gewerbeerlaubnis ist für mein/unser Gewerbe bzw. meinen/unseren Berufsstand nicht vorgeschrieben (0)
- ☐ Nein, ich/wir erfülle(n) nicht die gewerberechtlichen Voraussetzungen. (0)

Nur eine Antwort wählbar

8 Berufs- und Betriebshaftpflichtversicherung

Gewichtung: 0,00%

8.1 Vorbemerkung

Ich/Wir erkläre/n, dass für meinen/unseren Betrieb eine für den entsprechenden Vertragszeitraum ungekündigte Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung besteht.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentliche falsche Angabe der Erklärung meinen/unseren Ausschluss von diesem und von weiteren Vergabeverfahren zur Folge haben kann.

8.2 Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung [Mussangabe]

Können Sie eine bestehende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens:

- 500.000,00 EUR für Personenschäden
- 50.000,00 EUR für Sachschäden
- 50.000,00 EUR für Vermögensschäden

bei einem in einem Mitgliedstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmen nachweisen?

Im Falle von geringeren Deckungssummen und/oder geringerer Maximierung der Ersatzleistung ist zusätzlich eine Erklärung einzureichen, aus der hervorgeht, dass im Auftragsfall die Versicherung an die Anforderungen angepasst werden wird. Diese Erklärung ist als Anlage zum Angebot im Arbeitsschritt „Eigene Anlagen“ des Bieterassistenten hochzuladen.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja, Nachweis (Kopie der Versicherungspolice) wurde mit Angebotsabgabe hochgeladen (0)
- ☐ Ja, eine gültige Haftpflichtversicherung ist abgeschlossen, jedoch sind die Versicherungssummen derzeit nicht ausreichend. Ich/wir verweisen auf unsere Erklärung unter "Eigene Anlagen." (0)
- ☐ Nein, wird durch gültige Präqualifizierung (PQ) abgedeckt (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

9 Angaben Wettbewerbsregister

Gewichtung: 0,00%

9.1 Grundlage Auskunft Wettbewerbsregister

Nach § 6 Abs. 1 WRegG ist ein öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB vor der Erteilung eines Zuschlags in einem Verfahren über die Vergabe öffentlicher Aufträge mit einem geschätzten Auftragswert ab 30.000 Euro ohne Umsatzsteuer verpflichtet, das Wettbewerbsregister zu demjenigen Bieterunternehmen abzufragen, das den Auftrag erhalten soll.

Beim Bundeskartellamt (Registerbehörde) wird ein Register zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge und Konzessionen (Wettbewerbsregister) eingerichtet und geführt. Mit dem Wettbewerbsregister werden Auftraggebern im Sinne von § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen Informationen über Ausschlussgründe im Sinne der §§ 123 und 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zur Verfügung gestellt.

9.2 Rechtsform [Mussangabe]

Welche Rechtsform hat Ihr Unternehmen?

(z.B. natürliche Person, AG, GmbH, GmbH & Co. KG, e.K., GbR, etc.)

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ AG (0)
- ☐ GmbH (0)
- ☐ GmbH & Co. KG (0)
- ☐ Einzelunternehmen (0)
- ☐ e.K. (0)
- ☐ GbR (0)
- ☐ natürliche Person (0)
- ☐ AG (England) (0)
- ☐ AG (Österreich) (0)
- ☐ AG (Schottland) (0)
- ☐ AG (Schweiz) (0)

☐ AG & Co. KG (0)
☐ AG & Co. KG i.L. (0)
☐ AG & Co. oHG (0)
☐ AG & Co. oHG i.L. (0)
☐ AG i. Gr. (0)
☐ AG i. L. (0)
☐ AöR (0)
☐ BV (0)
☐ Corp. (0)
☐ e.V. (0)
☐ e.V.i.L. (0)
☐ eG (0)
☐ eG i. Gr. (0)
☐ eG i. L. (0)
☐ eGbR (0)
☐ EWIV (0)
☐ gGmbH (0)
☐ GmbH (Österreich) (0)
☐ GmbH (Schweiz) (0)
☐ GmbH & Co. KG i.L. (0)
☐ GmbH & Co. OHG (0)
☐ GmbH & Co. OHG i.L. (0)
☐ GmbH i. Gr. (0)
☐ GmbH i.L. (0)
☐ Inc. (0)
☐ KG (0)
☐ KG in. L. (0)
☐ KGaA (0)
☐ KöR (0)
☐ LLP (0)
☐ Ltd. (0)
☐ n.e.V. (0)
☐ NV (0)
☐ OHG (0)
☐ OHG i.L. (0)
☐ Oy (0)
☐ PartG (0)
☐ PartG i.L. (0)
☐ PartGmbH (0)
☐ S.L. (0)
☐ SA (0)
☐ SARL (0)
☐ SCE (0)
☐ SE (0)
☐ SNC (0)
☐ sp. z o.o. (0)
☐ SpA (0)
☐ SRL (0)
☐ Stiftung & Co. KG (0)
☐ Stiftung & Co. KG i.L. (0)
☐ Stiftung & Co. OHG (0)
☐ Stiftung & Co. OHG i.L. (0)
☐ Stiftung bR (0)
☐ Stiftung öR (0)
☐ UG (haftungsbeschränkt) (0)
☐ UG (haftungsbeschränkt) & Co.KG (0)
☐ VEB (0)
☐ VVaG (0)
☐ WEG (0)

Nur eine Antwort wählbar

9.3 Registerangaben

Gewichtung: 0,00%

9.3.1 Registerangaben [Muss] [Mussangabe]

Ist das zuständige Registergericht / die zuständige Registerstelle im In- oder im Ausland angesiedelt?

- ☐ *Keine Angabe* (0)
☐ Register in der Bundesrepublik Deutschland (= Inländisches Register). Bitte füllen Sie die Felder unter 'Inländisches Register' aus. (0)
☐ Register außerhalb der Bundesrepublik Deutschland (= Ausländisches Register). Bitte füllen Sie die Felder unter 'Ausländisches Register' aus. (0)
☐ Für mein Unternehmen existiert kein Registereintrag, da natürliche Person/Personenvereinigung g. Bitte füllen Sie die Felder unter 'Keine Registerangabe' aus. (0)

Nur eine Antwort wählbar

9.3.2 USt-IdNr. des Unternehmens / der Firma:

Bitte geben Sie die USt-IdNr. an:

9.3.3 Inländisches Register

Gewichtung: 0,00%

9.3.3.1 Registernummer

Angabe zur Registernummer:

9.3.3.2 Registerart

Zutreffende Registerart:

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ HRA (0)
- ☐ HRB (0)
- ☐ GnR (0)
- ☐ PR (0)
- ☐ VR (0)

Nur eine Antwort wählbar

9.3.3.3 Registergericht

Zuständiges Registergericht:

9.3.4 Ausländische Register

Gewichtung: 0,00%

9.3.4.1 Ausländisches Register

Ausländische Registernummer:

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

9.3.4.2 Registerbezeichnung

Registerbezeichnung:

9.3.4.3 Registerführende Stelle

Registerführende Stelle:

9.3.4.4 Registernummer

Angabe zur Registernummer:

9.3.5 Keine Registerangabe

Gewichtung: 0,00%

10 statistische Angaben UVgO

Gewichtung: 0,00%

10.1 Vorbemerkung und Ausfüllhinweis

Zur Kontrolle der öffentlichen Vergabeverfahren und zur Überprüfung ihrer Mittelstandsförderungsmaß nehmen erhebt die Europäische Union (EU) bei allen ausschreibenden Stellen verschiedene Daten zum Ergebnis von Vergabeverfahren. Bitte geben Sie hierzu in den Abfragen im Arbeitsschritt Eignungs- bzw. Leistungskriterien an,

- ob Ihr Unternehmen die Eigenschaft als Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen im Sinn der Empfehlung 2003/351/EG erfüllt.

Die maßgebenden Kriterien nach dieser Definition sind eine Mitarbeiterzahl von weniger als 250 Personen und ein Jahresumsatz von nicht mehr als 50. Mio. EUR oder eine Bilanzsumme von nicht mehr als 43 Mio. EUR. Nähere Informationen hierzu finden Sie in dem vom Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union Benutzerleitfaden zur Definition von KMU.

- bei EU-weiten Vergaben welcher NUTS-Code dem Sitz Ihres Unternehmens entspricht.
Die Europäische Union bietet eine Suchhilfe hierzu an.

Es handelt sich jeweils um rein statistische Werte, d.h. die Angaben zu diesen Punkten hat keinerlei Auswirkung auf die Zulässigkeit Ihres Angebots oder die Bewertung der Wirtschaftlichkeit.

10.2 KMU-Eigenschaft [Mussangabe]

Erfüllt Ihr Unternehmen die Eigenschaft als Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen (KMU)?

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: 2026-042 - Personaldienstleistungen im Eisstadion Landshut für die Eissaison 2026/2027 (Eismeisterhelfer)

LEISTUNGSKRITERIEN

1 Tarifvertrag [Mussangabe]

Bitte geben Sie den Tarifvertrag an, welcher in Ihrem Unternehmen Anwendung findet.

2 Eingruppierung [Mussangabe]

Bitte geben Sie an, in welcher Lohngruppe/Tarifgruppe des von Ihnen genannten Tarifvertrags die Eismeisterhelfer eingruppiert sind.

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	Einsatzplan Eishelfer 2026-2027.xlsx	55,02 KB	xlsx
Dateianlage	Einsatzplan Eishelfer 2027-2028.xlsx	57,84 KB	xlsx
Dateianlage	Einsatzplan Eishelfer 2028-2029.xlsx	54,24 KB	xlsx